

# Ende der Aufarbeitung?

Eine Expertenkommission hat diese Woche Vorschläge zur Zukunft der Stasi-Unterlagenbehörde vorgelegt. Große Veränderungen stehen womöglich

VON SUSANNE LEINEMANN

■ Wenn die Meinungen über eine Sache so weit und vehement auseinandergehen, dann lohnt sich ein zweiter Blick. Es geht um die Zukunft der Stasi-Unterlagenbehörde (BStU). Am Dienstag übergab die vom Bundestag eingesetzte Expertenkommission ihr Papier an Bundestagspräsidenten Norbert Lammert – und das Echo auf die elf entscheidenden Seiten hätte kaum unterschiedlicher ausfallen können. „Hände weg von der Stasiunterlagenbehörde! Wiedervorlage in zehn Jahren“, empörte sich die „Bild“. „Die Truppe um Böhmer und Schröder (die Vorsitzenden der Expertenkommission) jedenfalls hat ihre Aufgabe verfehlt. In der Schule ergäbe das eine klare Benotung: „ungenügend“, mäkelte die „Welt“. „Wer nun das Ende der Stasi-Aufarbeitung heraufdämmern sieht, liegt falsch“, urteilte dagegen der „Tagesspiegel“. Und die „Berliner Zeitung“ meinte gar, die Stasi-Unterlagenbehörde werde „zur rechten Zeit würdig begraben – und lebt in anderer Form weiter“.

Was ist hier los? Worum genau geht es? Zeit, die wichtigsten Streithähne selbst aufzusuchen und nachzufragen. Allen voran den Bundesbeauftragten Roland Jahn, aber auch den Direktor der Gedenkstätte Hohenschönhausen Hubertus Knabe, das Kommissionmitglied Richard Schröder und einige andere. Jeder wird etwas anderes sagen, jeder seine Sichtweise verteidigen. Ein Billardtisch voll mit Meinungen, mit jedem neuen Kontakt, jedem weiteren Gespräch kriegt die weiße Kugel einen neuen Drall. Die weiße Kugel ist die Reporterin. Auf geht's!

## SCHLUSS MIT DER FIXIERUNG AUF DIE STASI

Roland Jahn sitzt in seinem Büro in der 7. Etage eines Hochhauses an der Karl-Liebknecht-Straße, nahe dem Alex. Hier hat sich die Zentralstelle der BStU eingemietet, die er leitet. Eigentlich würde man denken, Jahn müsste ein unzufriedener Mann sein. Zumindest ein unzufriedener Behördenchef. Es soll ihm doch etwas weggenommen werden, und zwar genau das, worauf sich seine Behörde gründet – ihr Fundament: die Stasi-Akten. Der Vorschlag der Kommission lautet nämlich, sie ins Bundesarchiv zu überführen. Allerdings – und hier muss man gleich ein großes Ausrufezeichen setzen – behält das Stasi-Archiv seine Eigenständigkeit unter dem Dach des Bundesarchivs. Das heißt, die Akten bleiben an ihrem Ort, liegen auch in Berlin also weiterhin in den Räumen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) an der Normannenstraße. Dort also, von wo aus die Stasi agiert hat. Und es gilt auch weiterhin das Stasi-Untersuchungsgesetz. Das heißt, jeder Betroffene hat auch zukünftig das Recht, seine Akte



Seit 2011 ist Roland Jahn der Bundesbeauftragte für die Unterlagen der Staatssicherheit. Im Moment arbeitet er kommissarisch, weil in der Großen Koalition politisch um seine zweite Amtszeit gekopt wird. pa/dpa/Lukas Schulze

zeitnah einzusehen. Nur verantwortlich für die Akten wäre dann das Bundesarchiv, nicht mehr der Bundesbeauftragte.

„Mein eigen, mein Schatz“, raunt der Gollum in „Herr der Ringe“ tief in den Stollen des Nebelgebirges, wenn es um seinen mächtigen Ring geht – ein Bild für Besitzerstolz und Machttausch. Ein mächtiger Schatz sind auch die Akten. Aber Roland Jahn hat nichts Gollumartiges an sich. Im Gegenteil.

„Entscheidend ist die langfristige Sicherung des Zugangs zu den Akten“, sagt er ganz nüchtern. Und die sei auch im Bundesarchiv gegeben – eben weil das Stasi-Archiv seine Sonderstellung behält. Das Bundesarchiv verwaltet eh schon die Akten der DDR-Parteien und der Massenorganisationen, sprich der SED, der FDJ, des FDGB, des DTSB, ach, die DDR war ein sozialistisches Abkürzungswahparadies. Und es war immer klar, irgendwann würden die Stasi-Unterlagen dort landen. Der Streitpunkt ist also eher, ob der Wechsel nicht zu früh ist – weil es so wirkt, als solle hier ein stolzes Symbol der Aufarbeitung zu Fall gebracht werden. Bürger, die jahrelang bespitzelt wurden, besetzten im Dezember 1989 und Januar 1990 in der ganzen DDR die Stasi-Behörden und verhielten sich so, dass weitere Akten verschwanden, verbrannt oder geschreddert wurden. Ein revolutionärer, ur-demokratischer Moment – das Volk erhebt sich gegen den eigenen Geheimdienst, der von Anfang an ohne Hemmungen gewütet hatte. Warum das Archiv in der bisherigen Form auflösen? Warum jetzt?

Worte wie „Investitionsstau“ fallen. Zwölf Außenstellen hat die Stasi-Unterlagenbehörde, sagt Jahn, in vielen müsste dringend saniert werden, müssten für die Akten bessere Archivbedingungen geschaffen werden. Papier ist empfindlich, genau wie Magnettonbänder es sind. Das alles will fachgerecht vor Ort konserviert sein und wie das geht, wissen die Experten vom Bundesarchiv. Im Ü-

brigen: Das Symbol der Aufarbeitung bleibe doch unangetastet. „Es ist immer noch das Stasi-Unterlagenarchiv.“ Dann kommt er zum Kern: Schluss mit der Dauer-Stasi-Fixierung. „Wir müssen den Horizont erweitern“, meint Jahn. Um die DDR-Diktatur zu begreifen, reiche es nicht, ständig um die Stasi zu kreisen. Sie war deren Instrument, nicht ihr Zentrum. Heimkinder, Zwangsadoption, Dopingopfer im Leistungssport – es gibt so viele weitere DDR-Opfer, die nicht direkt von der Stasi verfolgt wurden. Und trotzdem einen hohen Preis zahlen mussten, weil die Diktatur in ihr Leben pfuschte.

Man kann seine wohlwollende Wertung des Vorschlags der Kommission („eine solide Arbeitsgrundlage“) also auch anders, listiger lesen. Der Bürgerrechtler Roland Jahn, der in den frühen 80ern als Student von der Stasi bespitzelt, inhaftiert und am Ende zur Ausreise in die Bundesrepublik gezwungen wurde, entmachtet die Stasi-Akten. Er nimmt der Stasi und ihrem Nachlass die absolut herausgehobene Stellung. Er „normalisiert“ den Bestand, indem dieser Teil einer etablierten Bundesbehörde wird – eben des Bundesarchivs – und nicht mehr als Supersonderbehörde über den normalen demokratischen Strukturen schwebt. Wenn man so will, kommen die Akten damit endlich im wiedervereinigten Deutschland an.

Der Zugang bleibt ja erhalten, daran hängt Jahns Herz, das ist ihm als DDR-Widerständler wichtig. Aber zugleich ist die Einfügung des Stasi-Akten-schatzes ins ganz normale Bundesarchiv auch eine Art, der Stasi einen letzten Tritt zu verpassen. Raus aus dem Mythos! Zurück ins Glied! Es sind wichtige Akten, aber es gibt auch andere wichtige Akten von anderen DDR-Institutionen, die Unrecht belegen. Wie hat Jahn es soeben gesagt? „Die Fixierung auf die Stasi hat der Aufarbeitung nicht gut getan.“ Rummus!

## DIE NORMANNENSTRASSE ALS GEDENKSTÄTTE?

Aber Halt – für besagte Horizontenerweiterung gibt es doch eine eigene Institution: die „Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“. Die kommt auch im Vorschlag der Kommission vor, denn sie soll später eng mit dem zusammenarbeiten, was in der Normannenstraße vom Stasi-Kosmos bleibt, wenn die Akten dort vom Bundesarchiv verwaltet werden. Eine „Stiftung Diktatur und Widerstand – Forum für Demokratie und Menschenrechte“, die sich um die Dauerausstellung im Stasi-Museum und um pädagogische Vermittlung des Themas kümmern soll. Die Normannenstraße werde „zunehmend den Charakter einer Gedenkstätte und eines Lernortes“ annehmen. Wobei der Begriff Gedenkstätte hier etwas fraglich ist. Wem wird denn dort gedacht? Der Stasi etwa? Wohl eher nicht.

Anna Kaminsky ist Geschäftsführerin der Stiftung Aufarbeitung. Und sie ärgert sich über die Vorschläge der Kommission. Nicht darüber, dass die Akten einen neuen Herren kriegen. „Das halte ich für die richtige Entscheidung.“ Sondern darüber, dass diese „Stiftung für



In Berlin in der Normannenstraße, dort wo früher der Komplex des Ministeriums für Staatssicherheit



Der Direktor der Gedenkstätte Hohenschönhausen Hubertus Knabe setzt bei seinem Konzept ganz auf Zeitzeugen und DDR-Opfer – und hat damit großen Erfolg. Der Historiker hat selbst jahrelang für die Stasi-Unterlagenbehörde gearbeitet, kennt also die Probleme dort gut. pa/dpa/Paul Zinken

Demokratie“ dort entstehen soll, gerade dort. „Das halte ich für völlig missglückt und angesichts der Geschichte des Ortes klingt das fast zynisch“, meint sie. Der Ort sei ein Ort der Täter, Punkt. Hier saß die Zentrale des MfS. „Man sollte die Verbrechen klar benennen.“ Demokratie, Menschenrechte, die hatten hier keinen Wert. „Warum will man den Ort unbedingt umdrehen?“

Die Frage ist berechtigt. In dem Titel der neuen Stiftung kommt das Wort „Staatssicherheit“ kein einziges Mal vor. Roland Jahn selbst spricht auch

## Spuren der Stasi-Quälereien



Mehr als 10.000 Menschen hielt die Stasi von 1951–1989 im Untersuchungsgefängnis in Hohenschönhausen fest. pa/dpa/Nietfeld



Der Gang mit Zellen: Viele Menschen, die die DDR verlassen wollten, wurden hier eingesperrt. pa/dpa/R4200



Blick ins Innere der Zellen: Die Stasi quälte die Häftlinge mit Schlafentzug und auch durch Schläge. pa/dpa/Zinken



Gefangenentransporter: Vor allem Regimekritiker brachte die Stasi in das Untersuchungsgefängnis. pa/dpa/Zinken



bevor. Doch wohin soll die Reise gehen? Wir haben uns umgehört



Stand, liegen rund 50% der Aktenbeschände der Stasi. Der Rest ist auf die zwölf Außenstellen der Neuen Ländern verteilt

pa/dpa (2), Montage: BM



Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, ist von der neuen Rolle des Bundesbeauftragten als „Ombudsman der Opfer“ nicht wirklich überzeugt

dpa/PAJ Soeren Stache

fer erhebt, sei richtig und wichtig. Nein, in dem Punkt fände er den Vorschlag der Kommission gut. Und die Akten vom Bundesarchiv verwalten zu lassen? Wunderbar, wenn dann endlich die Bearbeitung schneller ginge. „Jetzt kann man ja warten bis Pflaumpfingsten.“ Nein, sagt Dombrowski abschließend, falls ihn irgendetwas an den Kommissions-Vorschlägen störe, dann nur eines: die Pläne mit der Gedenkstätte Hohenschönhausen.

Hohenschönhausen – ein neuer Drall. Ab ins Auto und die Landsberger Allee hinunter, bis zum Abzweig, wo das ehemalige zentrale Untersuchungsgefängnis der Staatssicherheit steht. Die Gedenkstätte ist ein Magnet, im vergangenen Jahr kamen rund 444.000 Besucher hierher, viele davon Gruppen und Schulklassen. Jede Gruppe wird von ehemaligen Häftlingen, die sehr persönlich von ihren Schicksalen und dem perfiden Einschüchterungssystem der Stasi berichten, über das Gelände und durch das Gefängnis geführt. Tatsächlich. Kaum geparkt, reiht man sich in einen Strom von Besuchern ein. Trotz der eher abgelegenen Lage und der schlechten BVG-Anbindung funktioniert diese Gedenkstätte hervorragend. Es ist eine eigenartig berührende Stimmung von Betroffenheit, aber auch Heiterkeit auf dem Hof zu spüren, wo das Besucherzentrum steht. Das liegt an den Schülern, die sich einerseits einfangen lassen, aber auch schnell wieder abern. Aber auch an den ehemaligen Insassen, die sich natürlich alle untereinander kennen und die vor den Führungen miteinander flachsen, bevor es ernst wird. Sie haben ihre Rolle im Leben gefunden: als Aufklärer.

Werk? Wer mag Interesse daran haben, das Symbol BStU zu schleifen? Man kriegt ein leicht paranoides Gefühl. Fast möchte man die Wand abklopfen, um zu hören, ob sich dort noch Hohlräume für aktive Wanzen befinden. Vermutlich hat Knabe schon einiges erlebt. Denn einen Geheimdienst, auch einen abgewickelten, sollte man nicht unterschätzen. Nein, die Akten zum Bundesarchiv, das schmeckt ihm nicht. Aber hat er nicht 2007 selbst in einem „Spiegel“-Essay gefordert, dass die Stasi-Akten unter die Kontrolle des Bundesarchivs kommen? „Da war die Lage anders“, sagt er. „Heute ist die DDR fast kein Thema mehr. Deshalb brauchen wir starke Aufarbeitungsinstitutionen.“ Und dann zieht er seinen letzten Trumpf aus dem Ärmel: die Zusammensetzung der Kommission. Völlig falsch. „An den Empfehlungen hat kein einziges Stasi-Opfer mitgeschrieben.“

Tatsächlich, die Kommission ist besetzt mit vielen Professoren und Politikern. War das richtig? Zeit, ein Kommissionsmitglied selbst zu hören. Richard Schröder, der Theologe und SPD-Politiker, machte als stellvertretender Vorsitzender schon bei der Pressekonferenz eine gute Figur – einfach, weil er klar war. „Das Bundesarchiv kann es besser“, sagte er in aller Deutlichkeit, als es um die Frage ging, warum nun jemand anderes die Stasi-Akten verwalten solle. Das war zumindest handfest. Die Zusammensetzung sei richtig gewesen, sagt er – ursprünglich sei ja auch der Vorsitzende des UOKG dabei gewesen, der Vorgänger Dombrowskis. Er musste nach einem Skandal gehen. Im Übrigen, so ein Geschichtswissenschaftler sei doch jemand, der etwas vom Thema Archiv versteht. „Und wer sagt denn, dass Betroffenheit automatisch kompetent macht?“

Seine größte Angst ist der Symbolverlust der Stasi-Unterlagenbehörde. „Gerade auch im Ausland.“ Darüber macht er sich schon Gedanken. Trotzdem, er ist überzeugt, dass sich etwas ändern muss. Die Stasi-Unterlagenbehörde sei von Anfang an eine „Sonderbehörde“ gewesen, entstanden aus einem „post-revolutionären Moment“. Aber irgendwann ist es dann halt vorbei mit der Postrevolution. „So eine Sonderbehörde ist etwas für besondere Zeiten. Es ist nichts für normale Zeiten.“ Wir sind in normalen Zeiten angekommen.

Die weiße Billardkugel rollt aus. Wo wird sie landen? Das sei jedem selbst überlassen. Unser derzeitiger Bundespräsident war der erste Bundesbeauftragte, 1990 trat er sein Amt an. Eine Frage noch an Roland Jahn. „Das Stasi-Unterlagenarchiv ist ein Symbol. Der Bundesbeauftragte auch?“ Jahn wiegt den Kopf. „Er hat für die Opfer der SED-Diktatur eine große symbolische Bedeutung, aber das Archiv ist das, was auf Dauer bleibt.“

gerne von einem „Campus für Demokratie“, der in Lichtenberg entstehen soll. Für ihn haben die Tage im Winter 1989/90 Deutungshoheit, nicht die Jahrzehnte davor. Aber Berlin-Touristen wird man mit einem „Campus für Demokratie“ sicherlich nicht bis zum U-Bahnhof Magdalenenstraße locken. Mit Stasi schon. Und auch die begehrten Schüler, um deren Aufmerksamkeit alle DDR-Aufarbeitungs-institutionen buhlen, weil nur sie das Thema weitertragen können, wird man mit so einem Campus oder einer Stiftung nicht hinterm Ofen hervorlocken können. Die finden erst mal die Kamera in der Gießkanne interessant, das Maschinengewehr im Aktenkoffer. Wie bei James Bond! Mit der Stasi holt man sie ab – und danach kann die pädagogische Reise weitergehen.

Und noch ein zweiter Punkt stört Anna Kaminsky sehr. Die neue Rolle des Bundesbeauftragten als Ombudsman der Opfer. Er braucht ja eine neue Rolle, schließlich hat er dann keine 111-Kilometer-Akten mehr. Der neu geschaffene „Bundesbeauftragte für die Auseinandersetzung mit der DDR-Diktatur“ soll ein eigenes Büro und einen Mini-Stab im Regierungsviertel kriegen. Eine durch und durch politische Funktion, um den DDR-Opfern eine Stimme im Bundestag zu geben. Was soll daran schlecht sein?

„Paternalistisch“ sei dieses Konzept – wieso soll einer für alle reden? Es gebe doch so viele Opfergruppen, die alle hätten eine eigene Stimme. „Aufarbeitung bedeutet Vielfalt.“ Und überhaupt gebe es doch schon einen Vorsitzenden der Opferverbände, warum diese Position doppelt besetzen.

Anruf bei Dieter Dombrowski, besagtem Bundesvorsitzenden der UOKG, der – nein, der Abkürzungsirrsinn hat nicht aufgehört – „Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft“. Ombudsman der Opfer: ja oder nein? „Ja, so etwas

braucht es“, sagt er ganz eindeutig. „Sonst passiert außer einem warmen Händedruck nüscht.“ Ob Tiere oder Datenschutz – jeder und alles hätte einen Bundesbeauftragten. Nur die DDR-Opfer nicht? Das sei absurd. Es gebe noch so viele Themen, die zu regeln seien, so viel Unrecht, das wieder gut gemacht werden müsse. Der CDU-Politiker aus Brandenburg ist da ganz klar. „Nichtparlamentarische Organisationen haben null Einflussmöglichkeiten.“ Das kriege er schon auf Landesebene mit. Einer, der auf Bundesebene die Stimme für die Op-



Joachim Gauck, damals noch Bundesbeauftragter der Stasi-Unterlagen, im Jahr 1999. Viele Säcke mit geschredderten Akten stehen bis heute noch im Archiv. Bislang gibt es noch keine effektive Methode, die Dokumente wiederherzustellen. Auch Scanner helfen kaum

pa/Berliner\_Kuri



Die Erstürmung der Normannenstraße im Januar 1990 – allerdings landeten die Demonstranten in der Kantine

dpa PAJ Uhlmann



Die Stasi sammelte über Jahre hinweg Geruchsspuren – auch von Regimekritikern – und konservierte sie

pa/dpa/Kremining



Blick in das ehemalige Büro von Erich Mielke: Der Stasi-Chef brauchte mehr als ein Telefon

pa/dpa/Eckel



Am 15. Januar 1990 stürmten Tausende das Gebäude des Ministeriums für Staatssicherheit in der Lichtenberger Normannenstraße. Auf abgestellte Autos – wie auf diesem Trabant – wurde das Wort „Stasi“ geschrieben

pa/dpa/Uhlmann